



OSZE – HDC Seminar vom 18.-20. Mai 2011 in Warschau

The Role of Political Parties in the Political Process

Schweizer Wortmeldung zu Working Group IV: E-Democracy

I. Einleitung

Die Schweiz ist eine (halb-)direkte Demokratie. Dies bedeutet, dass auf nationaler Ebene bis zu vier Mal pro Jahr *Abstimmungen* zu Sachfragen (obligatorische Referenden) durchgeführt werden, alle vier Jahre gewählt wird und Parteien sowie andere ad-hoc-Gruppierungen laufend die Möglichkeit haben, eine *Initiative* oder ein (fakultatives) *Referendum* zu ergreifen. Außerdem kann jederzeit zu jedem erdenkbaren Thema eine *Petition* eingereicht werden. Es bestehen überdies formalisierte *Vernehmlassungsverfahren*.

Im Folgenden werden im Bereich E-Demokratie zwei Aspekte unterschieden:

- 1.) Informatisierung der bereits bestehenden, *formalisierten* Partizipationsverfahren (siehe unten II.)
- 2.) Einführung neuer, *informeller* Partizipationsmöglichkeiten (siehe unten III.)

II. Informatisierung bestehender Verfahren

A. Vote électronique

Seit Beginn des 21. Jahrhunderts ist man in der Schweiz daran, die formalisierten demokratischen Mitwirkungsrechte im Internet abzubilden. Im Vordergrund steht das Projekt *Vote électronique* (e-Voting). Dieses besteht aus den folgenden vier Phasen:

1. Elektronische Stimmabgabe bei Abstimmungen
2. Elektronische Stimmabgabe bei Wahlen
3. Elektronische Unterzeichnung von Referenden und Initiativen
4. Einreichung von elektronischen Wahlvorschlägen.

Bis anhin wurden in der Hälfte aller Kantone erfolgreich Versuche mit der elektronischen Stimmabgabe bei Abstimmungen gemacht. In vier Kantonen sollen dieses Jahr zum ersten Mal Versuche mit der elektronischen Stimmabgabe bei Wahlen durchgeführt werden. Die Versuche konzentrieren sich zurzeit auf die Auslandschweizer Stimmberchtigten, welche eine überschaubare Gruppe mit hohem Nutzen am neuen Stimmkanal (Probleme mit der brieflichen Stimmabgabe) darstellen.

Die verschiedenen föderalen Ebenen arbeiten bei diesem Projekt eng zusammen: Die Gliedstaaten (Kantone) sind die eigentlichen Projektleiter und betreiben die entsprechenden Systeme. Der Bund koordiniert die verschiedenen kantonalen Projekte und leitet das entsprechende Bewilligungsverfahren. Die Strategie der Schweiz ist eine schrittweise Erweiterung von *Vote électronique* als komplementären Stimmkanal (neben der persönlichen und der – vollständig liberalisierten – brieflichen Stimmabgabe). Ziel ist es, die Demokratie langfristig sicherzustellen und den Stimmberchtigten die Formen der Stimmabgabe zu ermöglichen, die ihnen am besten entspricht. Der neue Stimmkanal erlaubt es insbesondere auch Menschen mit Sehbehinderung, unter Wahrung des Stimmgeheimnisses ohne

fremde Hilfe abzustimmen bzw. zu wählen. Ausserdem können bei der elektronischen Stimmabgabe ungültige Stimmen verhindert werden.

B. Weitere Online-Angebote

Die Abstimmungserläuterungen, welche der Bundesrat zu jeder Abstimmung herausgibt, sind online verfügbar. Auch Unterschriftenbögen für Referenden und Initiativen können auf der Internetseite des Bundes heruntergeladen werden. Ihre elektronische Unterzeichnung ist aufgrund diverser Hürden (z.B. Stimmregisterharmonisierung) noch nicht möglich, die elektronische Einreichung von Petitionen hingegen schon.

Im Rahmen von Vernehmlassungsverfahren werden Gesetzesentwürfe online publiziert und Stellungnahmen können elektronisch eingereicht werden.

III. Einführung neuer Verfahren

Die Schweizer Demokratie könnte nicht funktionieren, wenn Menschen sich nicht auch ausserhalb der formalisierten Verfahren für das Gemeinwesen engagieren würden. Die Parteien als Bindeglied zwischen Gesellschaft und Staat übernehmen hier eine wichtige Funktion. Im Rahmen der Nutzung des Webs und der sozialen Medien haben sich die Partizipationsmöglichkeiten in den letzten Jahren verändert und weiterentwickelt. Hinzu kommen im Netz virtuelle „Parteien“ auf Zeit. Das Internet kann als „Motor der Demokratisierung“ bezeichnet werden.

E-Demokratie verbessert und erweitert die *demokratischen Aushandlungen*, schafft *mehr Transparenz* bei der Regierungstätigkeit und beim Verwaltungshandeln und bringt *Optimierungspotenzial* bei Behördenleistungen (E-Government). Dies fördert die Selbstbestimmung, die Übernahme von Verantwortung für mitgestaltete Entscheide und damit das Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Prozesse. Die Behörden profitieren auch von den neuen Partizipationsformen, v.a. mit Blick auf die Informationsbeschaffung, die Legitimation und die Akzeptanz ihrer Entscheidungen.

In der Schweiz wurde mit verschiedenen Instrumenten versucht, die Informations- und Partizipationsmöglichkeiten zu erweitern. Neben diversen *staatlichen Angeboten* (elektronische Veröffentlichung von Gesetzen und Regierungsbeschlüssen, Möglichkeit zum Download diverser Formulare wie z.B. zur Registrierung einer Partei auf www.admin.ch, die Behördenplattform www.ch.ch, Blogs von Regierungsmitgliedern, etc.) bestehen unzählige *privatwirtschaftliche Informations- und Partizipationsplattformen*. So gibt z.B. „Smartvote“ (www.smartvote.ch) nach dem Ausfüllen eines Fragebogens eine Wahlempfehlung ab und ab 2011 soll „Smartmonitor“ aufzeigen, welche Parlamentsmitglieder wie gestimmt haben. Es bestehen unzählige Blogs und Netzwerke, welche sich mit politischen Themen befassen (z.B. www.eDemokratie.ch).

Langjährige Erfahrungen z.B. im Bereich der Atomenergie haben gezeigt, dass bei komplexen Grossvorhaben gesetzlich verankerte Instrumente und Möglichkeiten politischer Beteiligung nicht mehr ausreichen, um längerfristig akzeptierte Entscheidungen zu treffen. Die neuen Formen erlauben es insbesondere auch Personen ohne Stimmrecht (Junge, Ausländer, etc.), sich an der Entscheidfindung zu beteiligen. So wurde z.B. mit dem Projekt „Baloti“ (www.baloti.ch) eine Online-Abstimmungsplattform für Bürgerinnen und Bürger ohne Stimmrecht eingerichtet. Allerdings muss kritisch festgehalten werden, dass es hier v.a. auf Seiten der Behörden noch grossen Handlungsbedarf gibt; die Möglichkeiten des Einsatzes von Web 2.0-Anwendungen werden erst ansatzweise in die Praxis umgesetzt.

IV. Fazit

Das Internet hat einen Einfluss auf die Gestaltung und Umsetzung der politischen Rechte. Die Schweiz hat dies erkannt und reagiert. Im Juni 2011 wird die Regierung einen Bericht zum Thema E-Demokratie verabschieden, der die bisherigen Erfahrungen und Angebote evaluiert und sich mit neuen Möglichkeiten auseinandersetzt. E-Demokratie ist eine Chance zur Stärkung der Demokratie, der demokratischen Institutionen und Prozesse, die es zu nutzen gilt.